



Dr. Stefan Kaufmann

20/2014
08.12.2014

Brief aus Berlin



Liebe Leserinnen und Leser,
 diese Woche hatte das Thema Bildung und Forschung einmal den Platz im parlamentarischen Betrieb, der ihm – auch angesichts unseres Schwerpunkts im Bundeshaushalt – gebührt: in zwei Kernzeitdebatten hatten wir zunächst am Donnerstag über die Hightech-Strategie und am Freitag dann über die Zukunft des deutschen Meisterbriefs debattiert. Bezeichnend allerdings, dass das Thema im ARD-Morgenmagazin, das ja immer die wichtigen Themen des Tages im Bundestag aufgreift, nicht stattfand. Was zeigt uns das? Noch immer schaffen wir es nicht ausreichend, die Bedeutung von Bildung, Forschung und Innovation für unseren Wohlstand und die Zukunft unseres Landes deutlich zu machen. Innovationen gedeihen nur in einer Gesellschaft, die Chancen ergreift – nicht in einer, die sich in Risikovermeidung ergeht. Auch deshalb müssen wir in der Öffentlichkeit noch viel mehr über die Chancen von Innovation und Hightech sprechen – es gibt zahllose Beispiele, die sich auch einem breiten Publikum anschaulich vermitteln lassen. Zur CDU: Ich freue mich, dass Guido Wolf nach einem sehr fairen innerparteilichen Wettbewerb als Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2016 hervorgegangen ist. Thomas Strobl danke ich dafür, dass er nach der Niederlage bei der Wahl 2011 die Öffnung der CDU im Land so konsequent vorangetrieben hat. Nun werden wir in einem engagierten und geschlossen geführten Wahlkampf zeigen, dass wir es besser können als die grün-rote Landesregierung – gerade auch im Bereich von Bildung, Forschung und Innovation.

Es grüßt Sie herzlich
 Ihr

Impressum:
 Dr. Stefan Kaufmann MdB
 Deutscher Bundestag
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel.: 030/227-72494
 Fax: 030/227-76228
 www.stefan-kaufmann.de
 E-Mail:
 stefan.kaufmann@bundestag.de

Neue Hightech-Strategie der Bundesregierung vorgestellt



Während meiner Rede im Plenum des Bundestages

Berlin – Bundesforschungsministerin Johanna Wanka hat in der Kernzeitdebatte am Donnerstagvormittag, 4. Dezember, die neue Hightech-Strategie der Bundesregierung vorgestellt. Mit ihr wollen wir die Spitzenposition Deutschlands bei Forschung und Innovation festigen und weiter ausbauen. Schon heute stehen wir in den wichtigen internationalen Ranglisten (neudeutsch: Rankings) auf den vorderen Plätzen. Von 2005 bis 2012 ist die Zahl der Arbeitsplätze im Bereich Forschung und Entwicklung um 114.000 auf 600.000 gestiegen. Mehr als 79 Milliarden Euro haben Staat, Wirtschaft und Wissenschaft im Jahr 2012 für diesen Sektor aufgewandt. Das bleibt nicht ohne Folgen: bei den Patentanmeldungen ist Deutschland ganz vorn mit dabei. In Europa belegen wir den Spitzenplatz, in der Welt stehen

wir auf Rang drei. Beim Export von Hightech-Gütern sind wir Exportweltmeister. Dass gute Ideen rasch zu innovativen Produkten und Dienstleistungen werden, ist unser Ziel. Doch die weltweite Konkurrenz schläft nicht. Wir müssen uns weiter anstrengen – gerade auch, um für Spitzenforscher noch attraktiver zu werden. Denn auch wenn Deutschland bereits als attraktiver Wissenschaftsstandort wahrgenommen wird, wandern immer noch zu viele Spitzenforscher in das Ausland ab. Diesen „Brain Drain“ müssen wir stoppen – dazu soll die Hightech-Strategie beitragen. Zudem soll die Hightech-Strategie vor allem die Innovation im Mittelstand und in kleinen Unternehmen, die das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden, stärken. Als zuständiger

Berichterstatter meiner Fraktion habe ich in der Plenardebatte ebenfalls gesprochen. In meinem Redebeitrag habe ich deutlich gemacht, dass die neu ausgerichtete Hightech-Strategie unsere gute Aufstellung im internationalen Wettbewerb weiter verbessern wird. Dass sich andere Länder wie etwa Frankreich oder die Vereinigten Staaten unsere Strategie zum Beispiel nehmen zeigt, dass wir insgesamt schon sehr viel richtig gemacht haben. Gleichzeitig muss es uns ein Ansporn sein, in unseren Anstrengungen nicht nachzulassen. Denn einen Vorsprung kann man auch schnell wieder verlieren. Und nur mit innovativen Produkten und Dienstleistungen werden wir unseren Wohlstand auch in Zukunft sichern können.

Meinen Redebeitrag in der Debatte können Sie hier ansehen:
<http://goo.gl/KXLw13>

Daran möchte ich auch weiter gerne mitarbeiten. Dass wir in Stuttgart so viele innovative, zukunftsorientierte Unternehmen haben, ist für meine Arbeit in Berlin immer wieder eine große Hilfe. Denn so kann ich meine konkreten Eindrücke aus den Gesprächen im Wahlkreis im Bundestag einbringen.

Hightech-Strategie

Die Hightech-Strategie, die 2006 von der unionsgeführten Bundesregierung ins Leben gerufen wurde, dient dazu, wissenschaftlichen Erkenntnissen einen schnellen Weg in die Anwendung zu bahnen. Sie konzentriert sich auf Forschungsthemen, die von besonderer Relevanz für die Gesellschaft sowie die Stärkung der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit Deutschlands sind: von der digitalen Wirtschaft über nachhaltige Energie bis zur innovativen Arbeitswelt, vom gesunden Leben über die intelligente Mobilität bis zur zivilen Sicherheit. Allein 2014 investiert die Bundesregierung elf Milliarden Euro in die Innovationsstrategie.

Dass die Hightech-Strategie Wirkung entfaltet, belegt eine Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI). Allein der Wettbewerb der Spitzencluster – eines der Instrumente neben der Exzellenzinitiative und dem Pakt für Forschung und Innovation – habe die Wirtschaftskraft Deutschlands erheblich verbessert. 900 Innovationen, 300 Patente, 450 Dissertationen und Habilitationen, 1.000 Bachelor- und Masterarbeiten sowie 40 Unternehmensgründungen seien die erste Bilanz, schrieb das RWI.

Deutschlands 15 Spitzencluster gehören zur Spitze der europäischen Innovationsregionen. Das Themenspektrum umfasst unterschiedlichste Technologien, von individualisierter Medizin über Logistikdienstleistungen und Automatisierungstechnik bis hin zu Bioökonomie und Flugzeugbau. Die Projekte werden mit rund 1,2 Milliarden Euro gefördert, wobei die Hälfte von der Wirtschaft aufgebracht wird.

In dieser Legislaturperiode sollen neue Instrumente eingesetzt werden, um den Transfer von Ideen in Produkte weiter zu verbessern. So werden Fachhochschulen gestärkt, Spitzencluster und vergleichbare Netzwerke sollen sich stärker international orientieren. Wirtschaft und Wissenschaft werden mit Unterstützung der Bundesregierung in zahlreichen Kooperationsprojekten zusammenarbeiten. Die Umsetzung der neuen Strategie soll von einem „Hightech-Forum“ begleitet werden, in dem zentrale Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft vertreten sind.

Brief aus Berlin

Aktuelle Stunde zum Solidaritätszuschlag

Berlin – Der weitere Umgang mit dem Solidaritätszuschlag erregt derzeit die Gemüter. Am Mittwochnachmittag, 3. Dezember, haben wir dieses Thema in einer Aktuellen Stunde debattiert. Dazu nur so viel: der Solidaritätszuschlag hatte einen bestimmten Zweck. Dieser hat sich heute, 25 Jahre nach der Wiedervereinigung unseres Landes, erfüllt. Mein Kollege Hans Michelbach hat Recht,

wenn er sagt, dass die Gruppe von Ländern, die den Solidaritätszuschlag in die Einkommensteuer integrieren wollen, „fette Beute“ machen wollen und „Eurozeichen“ in den Augen haben. Und er hat auch Recht, wenn er in diesem Vorstoß „Unwillen und Unfähigkeit zur Haushaltskonsolidierung“ ausmacht. Dass die Länder nach Bundesmitteln rufen, erlebe ich nahezu in jeder Sitzungswoche.

Ich bin dafür, dass die staatlichen Ebenen mit den Mitteln zurechtkommen, die ihnen zur Verfügung stehen. Und das erfordert auch Haushaltsdisziplin und den festen Willen, zu sparen. Im Übrigen sollten wir Politiker uns auch fragen, was wir für ein Bild in dieser Debatte abgeben: den „Soli“ haben wir als befristetes Instrument zu einem bestimmten Zweck eingeführt. Ich halte es für kein gutes

Signal, wenn der Soli das Schicksal der Schaumweinsteuer erleidet. Letztere wurde 1902 vom Reichstag eingeführt, um die kaiserliche Kriegsflotte zu finanzieren. Erhoben wird sie noch heute. Diesem Beispiel sollten wir – auch aus Gründen politischer Glaubwürdigkeit – nicht folgen und dafür arbeiten, dass der Soli ab 2019 schrittweise abgeschafft werden kann.

Bundesausschuss Bildung, Forschung und Innovation hat sich konstituiert



Die baden-württembergische Gruppe nach der Konstituierung im Berliner Konrad-Adenauer-Haus

Berlin – Am Mittwochnachmittag, 3. Dezember, hat sich im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin der Bundesausschuss Bildung, Forschung und Innovation der

CDU Deutschlands unter der Leitung von Generalsekretär Peter Tauber konstituiert. Zum Vorsitzenden haben wir meinen Fraktionskollegen Michael Kretschmer

aus Sachsen gewählt, der das Thema Bildung und Forschung als stellvertretender Vorsitzender im Fraktionsvorstand betreut. Für die kommenden zwei Jahre haben wir uns ein umfangreiches Arbeitsprogramm vorgenommen: Schwerpunkte bilden unter anderem die Umsetzung der Inklusion im Schulwesen, die digitale Bildung, die Stärkung der beruflichen Bildung, außerdem Vorschläge für eine Reform des Bologna Prozesses und zur Weiterentwicklung der Exzellenzinitiative. Ich freue mich sehr darüber, an der Ausarbeitung von Positionen der CDU zu den zentralen Zukunftsthemen Bildung, Forschung und Innova-

tion mitwirken zu können! Dass der Union Bildung und Forschung ein Herzensanliegen sind, kann man unter anderem daran ablesen, dass wir auf dieses Feld einen deutlichen Schwerpunkt im Haushalt gelegt haben: in den vergangenen zehn Jahren hat die von uns geführte Regierung die Zukunftsinvestitionen in diesen Bereich verdoppelt. Aus Baden-Württemberg sind wir in dem 60-köpfigen Gremium zu sechst vertreten. Mit Donat Kluxen-Pyta aus Stuttgart, Erik Bertram aus Heidelberg, Sabine Kurtz aus Leonberg und Gisela Meister-Scheufelen. Auf dem Bild fehlt mein Landtagskollege Georg Wacker aus Weinheim.

Ukraine-Krise: Achtung territorialer Integrität – Dialog mit Russland

Berlin – Auf kein außenpolitisches Thema bin ich dieses Jahr so oft im Wahlkreis angesprochen worden wie auf die Krise in der Ukraine. Russlands völkerrechtswidrige Annexion der Krim bleibt auf der Tagesordnung. Aktuell durch die „Rede an die Nation“ des russischen Präsidenten Putin. Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat mit Blick auf diese Äußerung richtig klargestellt, dass ein Völkerrechtsbruch ein Völkerrechtsbruch bleibt und Ablenkungen nicht helfen. In ihrem Gesamtausmaß sind die weltweiten

Auswirkungen dieser russischen Aggression gegen einen souveränen Staat unter dem Deckmantel des Selbstbestimmungsrechts der Völker noch gar nicht abzusehen. Klar ist, dass dieser Bruch des Völkerrechts über die Ukraine hinauswirkt. Dies ist zuletzt auch in der Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Sydney sehr deutlich geworden. Wichtig ist, dass Deutschland die Ukraine in ihrem Reformanstrengungen weiter unterstützt und ihr hilft, die territoriale Integrität zu bewahren. Bundesaußenminister Steinmeier hat auf der

NATO-Außenministertagung in der vergangenen Woche in Brüssel zudem dafür geworben, den aktuellen „Zustand der Kontaktlosigkeit“ mit Russland zu überwinden. Genau dies muss der Weg sein: dass wir auch in schwierigen, ja kritischen Zeiten den Gesprächsfaden nicht abreißen lassen – auch wenn durch das Vorgehen Russlands in der Ukraine unbestritten über Jahrzehnte aufgebautes Vertrauen innerhalb weniger Monate verlorengegangen ist. Unser

Ziel muss es sein, wieder zu einem vertrauensvolleren Umgang miteinander zu kommen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) hat sich der Annexion der Krim in einer neuen Publikation angenommen. Diese gibt Einblicke in die Frage, wie die Annexion der Krim in anderen post-sowjetischen Ländern und der erweiterten Nachbarschaft wahrgenommen wird. Die Publikation, deren Ergebnis Anlass zur Sorge gibt, empfehle ich allen Interessierten zur Lektüre.

Die Publikation der KAS finden Sie unter folgendem Link: <http://www.kas.de/wf/de/33.39764/>

Brief aus Berlin

Bekanntnis zum Erhalt des Meisterbriefs



Berlin – Die Kernzeitdebatte am Freitagvormittag, 5. Dezember, ging um den Erhalt des Meisterbriefs. Grundlage für die Debatte war ein von den Koalitionsfraktionen vorgelegter Antrag mit dem Titel „Der deutsche Meisterbrief – Erfolgreiche Unternehmerqualifizierung, Basis für handwerkliche Qualität und besondere Bedeutung für die duale Ausbildung“. Darin begleiten wir den derzeit von der Europäischen Kommission durchgeführten Evaluierungsprozess der nationalen Berufsreglementierungen aktiv, aber auch kritisch. Denn die Kommission möchte, dass die nationalen Berufsvorschriften gelockert werden. Doch wir wollen am System der zulassungspflichtigen Handwerksberufe festhalten, deren

Betriebe von Meistern geführt werden. Deshalb haben wir in unserem Antrag klargestellt, dass die zulassungspflichtigen Handwerksberufe „kein Hindernis für Mobilität von Selbstständigen und abhängig Beschäftigten im Binnenmarkt“ darstellen. Durch die EU-Berufsanerkenntnisrichtlinie haben Handwerker aus EU-Ländern bereits heute einen angemessenen Marktzugang. Zum Erhalt des Meisterbriefs herrschte in der Debatte grundsätzlich Einigkeit, auch wenn in einigen Nuancen gewisse Unterschiede deutlich wurden. Meine Kollegin Lena Strothmann hat die Vorzüge des Meisterbriefs gut auf den Punkt gebracht: „Er steht für hochwertige Qualifizierung, für fachliches Können, für ausgezeichnete Produkte und Dienstleistungen. Er steht vor allen Dingen für Ausbildung und hochqualifizierten Nachwuchs.“ Der Meisterbrief ist ein Garant für hohe Ausbildungs-

qualität, weil den künftigen Führungskräften in der Meisterschule über die Fachkompetenzen hinaus umfangreiche berufs- und arbeitspädagogische Kenntnisse vermittelt werden. Meistergeführte Handwerksbetriebe haben damit eine gute Grundlage zur erfolgreichen Weitergabe von Wissen und Fertigkeiten an Nachwuchskräfte. Ihnen eröffnet eine hochwertige Ausbildung im Handwerk Perspektiven, die oft weit über das Handwerk hinausgehen. Da die Hälfte eines Ausbildungsjahrgangs Jugendliche mit Hauptschulabschluss sind, trägt die Ausbildung im Handwerk auch in ganz besonderem Maße zu sozialem und gesellschaftlichem Aufstieg in unserem Land bei. Deshalb lohnt es sich aus vielen Gründen, für ein starkes berufliches Bildungssystem zu kämpfen, für das wir im Ausland vielfach beneidet werden – und das entscheidend dazu beiträgt, dass wir in Deutschland eine so niedrige Jugendarbeitslosigkeit haben.

Den Antrag der Koalition finden Sie hier: <http://bit.ly/1CMBOqG>

Iranische Delegation zu Gast in Berlin



Zusammen mit der Ausschussvorsitzenden Patricia Lips, Botschafter Ali Majedi (Mitte), meinem Ausschusskollegen Kai Gehring und den Delegationmitgliedern aus dem Iran

Berlin – Gemeinsam mit meiner Kollegin Patricia Lips, der Vorsitzenden des Ausschusses für

Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Bundestages, habe ich mich am Diens-

tagnachmittag, 2. Dezember, mit einer Delegation iranischer Abgeordneter zu einem Gespräch getroffen. Ausgetauscht haben wir uns vor allem über das Bildungssystem. die Forschungsinfrastruktur und Bereiche, in denen Kooperationen möglich sein könnten. Deutlich wurde einmal mehr, wie groß das internationale Interesse an unserem beruflichen Bildungssystem ist. Deshalb war es ein richtiger Schritt, dass wir in der vergangenen Wahlperiode die Zentralstelle für internationale Berufsbildungsk Kooperation beim Bundesinstitut für Berufsbildung eingerichtet haben.

Verleihung Schulsiegel



Zusammen mit Schulleiterin Elke Meyer und Daniel Nagel, Vorstand der Initiative Jugend gegen AIDS e.V.

Stuttgart – Am Montag, 1. Dezember war ich zu Gast an der Neckarrealschule in Stuttgart-Nord. Anlass war die Verleihung des Schulsiegels „Positive Schule“ an Schulleiterin Elke Meyer. Gemeinsam mit dem Vorstand der Initiative Jugend gegen AIDS e.V., Daniel Nagel, überreichte ich den Preis des Vereins für eine aufgeklärte und vielfältige Schule. Anschließend gab es eine durchaus kontroverse Diskussion mit der Jahrgangsstufe 10 über Inhalt und Grenzen sexueller Aufklärung an Schulen – durchaus im Lichte der Bildungsplan-Debatte in Baden-Württemberg. Bedenklich: nur rund ein Drittel der Schülerinnen und Schüler spricht zuhause über Sexualität.



Besuchen Sie mich auf Facebook und Twitter!

Auf Facebook finden Sie mich unter : www.facebook.com/StefanKaufmannMdB

Noch aktuellere Kurzinformationen erhalten Sie, wenn Sie mir auf Twitter folgen: <http://twitter.com/StefanKaufmann>

Ich freue mich über diese direkte Form des Dialoges und über viele neue Kontakte – auch auf den Social-Media-Plattformen.